



Als "unanständig und weiter unter den

Forderungen und Möglichkeiten" bezeichnet der Landtagsabgeordnete der BürgerUnion, Andreas Pöder, die Zugeständnisse der Landesregierung für das Kindergartenpersonal.

"Die von Landesrat Philipp Achammer geplante letztlich vorwiegend theoretische kleine Arbeitszeitverkürzung ohne nennenswerte Personalaufstockung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse für das Kindergartenpersonal ist nur eine Scheinlösung", so Pöder. "Wie soll bei gleichbleibender Kindergartenanzahl und ohne nennenswerte Personalaufstockung die wirkliche Arbeitsstundenzahl reduziert werden", fragt sich der Abgeordnete.

"Die Fülle der Arbeit außerhalb der reinen Betreuung der Kinder und der Arbeit mit den Kindern umfasst 13 verschiedene Tätigkeiten für Kindergärtnerinnen und Mitarbeiterinnen, für welche die reine Arbeitszeit nicht ausreicht und auch künftig, ohne zusätzliches Personal, nicht ausreichen wird."

Für Pöder sind die Vorschläge der Landesregierung "Kamillentee für das Kindergartenpersonal, um die Mitarbeiterinnen ruhig zu stellen, in der Hoffnung, dass sich der Protest über die Sommermonate legt. Dabei stellt sich die Frage, ob Achammer glaubt, dass die Leute dumm sind?"

"Wie die Landesregierung die Kindergärtnerinnen behandelt und immer wieder mit neuen Versprechungen abfertigen will ist für die gesamte Politik zum Schänden", so Pöder.

Auch das Ungleichgewicht zwischen deutschen und italienischen Kindergärten kann nicht ohne zusätzliches Personal behoben werden. Derzeit betreut eine Kindergartenmitarbeiterin an einem deutschen Kindergarten theoretisch 10 Kinder, in der Praxis sind es teilweise auch 12 bis 15 Kinder. An italienischen Kindergärten ist die Situation wesentlich besser, dort kommen auf eine Mitarbeiterin zwischen 8 und 9 Kinder.

Die Reduzierung der Kinderzahl in den einzelnen Gruppen, die Verringerung der realen Arbeitszeit und vor allem eine schrittweise Aufstockung des Personals um jährlich 50 Vollzeitstellen für die nächsten drei Kindergartenjahre, also mindestens 150 Vollzeitstellen sind das Mindeste, was die Kindergärtnerinnen und pädagogischen Mitarbeiterinnen von der Politik erwarten sollten.